




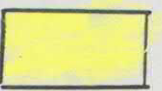
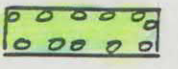

Abrundungssatzung „Steingruben“

Inhalt:

- | | |
|------------------|--------|
| I. Plan | (S. 2) |
| II. Satzungstext | (S. 3) |

TEXTLICHE FESTSETZUNGEN : I. Fertigung

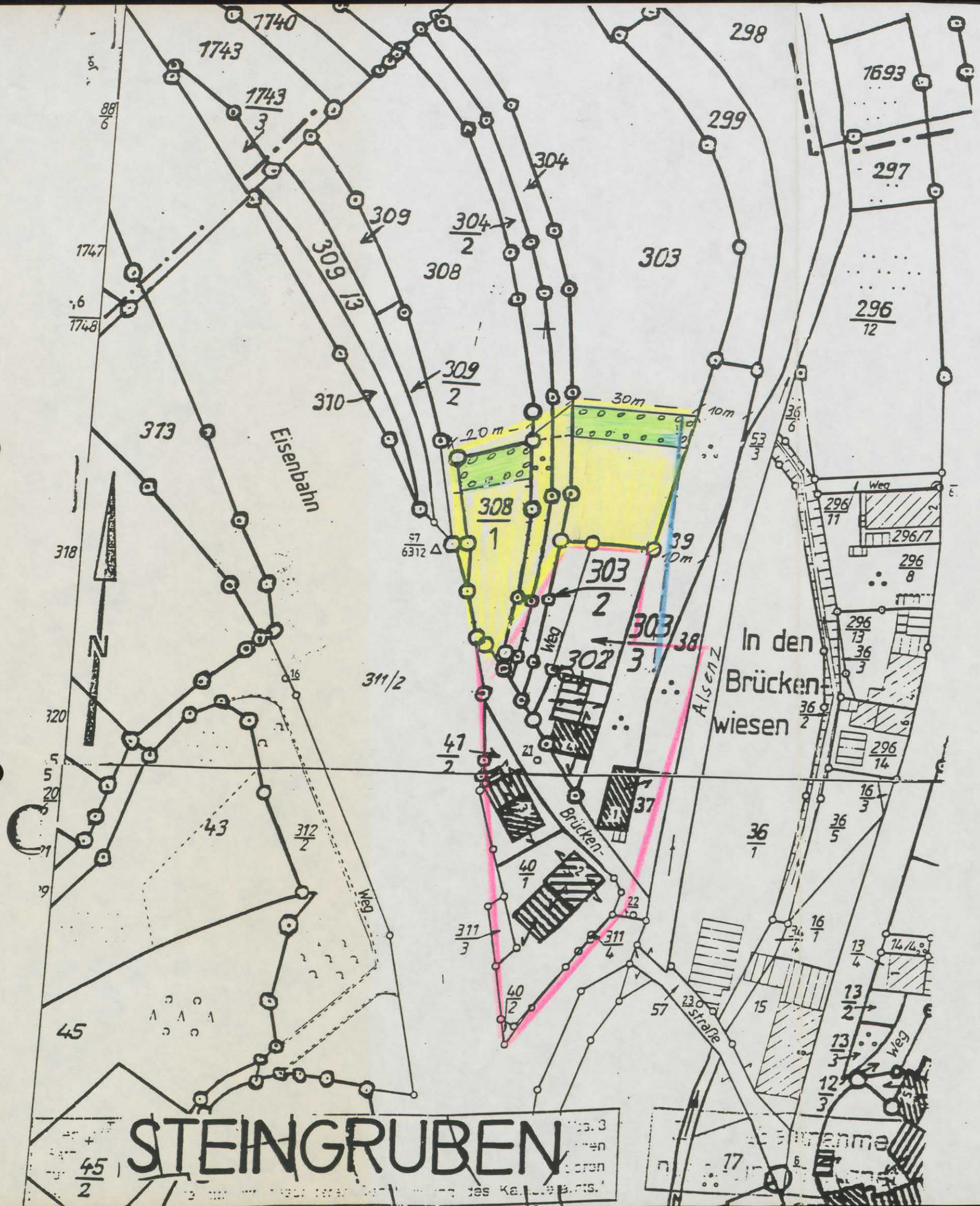
- 1) Die nördlichen Grundstücksränder sind mit einem mind. 10 m breiten Pflanzstreifen mit standortgerechten Gehölzen einzugrünen.
Diese Auflage incl. der Erhaltungs- und Pflegepflicht ist in die jeweilige Baugenehmigung aufzunehmen.
- 2) Von der Böschungsoberkante der Alsenz ist ein mind. 10 m breiter Streifen von jeglicher Bebauung (auch Aufschüttungen) freizuhalten.
- 3) s.unten

-  Bestehendes MD-Gebiet
-  Abrundungsbereich als MD-Gebiet
-  Randbegrünung (Anpflanzung von standortgerechten Gehölzen)
-  Baugrenze zur Alsenz als von jeglicher Bebauung (und Aufschüttungen) freizuhaltenen Streifen

3) Verwertung von Erdaushub
Der auf den Baugrundstücken anfallende Erdaushub sollte der unmittelbaren Verwertung auf dem jeweiligen Baugrundstück zugeführt werden.
Überschüssige Erde ist
a) über die Erdaushubbörse bei der Kreisverwaltung Donnersbergkreis zu verwerten oder
b) einer landwirtschaftlichen Verwertung zuzuführen.
Sollte dies nicht möglich sein, ist eine geordnete Deponierung vorzunehmen.
Anzeige gemäß § 11 Abs. 6 (BauGB).
Es bestehen keine Rechtsbodenken.



Kreisverwaltung Donnersbergkreis
Koblenz, den 10.3.1995
Kreisverwaltung Donnersbergkreis
[Signature]



STEINGRUBEN

3
1
2

45
2

S A T Z U N G

über die Festlegung von Grenzen für im Zusammenhang bebaute Ortsteile (Einbeziehung von Außenbereichsgrundstücksgrundstücken) in der Ortsgemeinde Dielkirchen

vom 10. MAI 1995

Aufgrund des § 34 Abs. 4 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung v. 8.12.1986 (BGBl. I S. 2253) i.V. mit Artikel 15 Investitionserleichterungs- und Wohnbaulandgesetz i.d.Fassung v. 22.4.1993 (BGBl. I S. 466) und § 4 Abs. 2a Maßnahmengesetz zum Baugesetzbuch (BauGB-MaßnahmenG) i.d. Fassung v. 28. 4.1993 (BGBl. I S. 622) sowie Hinweise zum Vollzug der Artikel 1, 2, 3, 5 und 11 des Gesetzes zur Erleichterung von Investitionen und der Ausweisung und Bereitstellung von Wohnbauland (Investitionserleichterungs- und Wohnbaulandgesetz (Rundschr. des M.d.Finzen v. 29. 10.1993, Min.Bl.1993 Nr. 14) i. V. mit § 24 der Gemeindeordnung für Rheinland-Pfalz v. 14.12.1973 (BGBl. 1973 S. 419, BS 1020-1), zuletzt geändert durch Änderungsgesetz vom 8.4.1991 (GVBl. S 104 und 110) und durch Gesetz v. 2.6.1992 (GVBl. S. 143) sowie Landesgesetz zur Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften v. 5.10.1993 (GVBl. Nr. 24 v. 7.10.1993 hat der Gemeinderat Dielkirchen

am

15. JAN. 1995

folgende Satzung beschlossen:

§ 1

In Abrundung des bestehenden Innenbereiches gem. § 34 Abs. 4 BauGB wird der südliche Bereich des Grundstückes Pl.Nr. 303 , die südlichen Teilflächen der Plannummern 304 und 304/2, sowie die Pl.Nr. 308/1 der Gemarkung Steingruben gem. der obigen gesetzlichen Grundlagen für im Zusammenhang bebauter Ortsteil (Innenbereich) erklärt.

Das Grundstück ist in den anliegenden Lageplänen (Auszug aus dem Flächennutzungsplan und Lageplan M 1:1000), die Bestandteil dieser Satzung sind, gekennzeichnet.

§ 2

Diese Satzung tritt mit dem auf ihre Veröffentlichung folgenden Tag in Kraft.

///

Dielkirchen, den

10. MAI 1995

Anzeige gemäß § 11 Abs. 3 (BauGB).
Es bestehen keine Rechtsbedenken.

K'bolanden, den 10.3.1995
Kreisverwaltung Donnersbergkreis

Gundiach
(Baudirektor)

